

MANUELA KROPP, ANNA STRIETHORST

# EUROPÄISCHE ROMAPOLITIK – DIE NEUE RAHMENSTRATEGIE DER EU

Gerade einmal 15 Seiten ist es lang, das neue Grundsatzdokument der Romapolitik der EU. Es ist der vorläufige Schlusspunkt mehrjähriger Gespräche zwischen europäischen Institutionen, Menschenrechts-NGOs und VertreterInnen der Roma. Die Rahmenstrategie wurde im April 2011 von der Europäischen Kommission vorgelegt, und nun sind die 27 Mitgliedstaaten am Zug: Bis zum 10. Dezember 2011 müssen sie eigene nationale Strategien vorlegen. Doch was sind die Vorgaben der neuen Rahmenstrategie für die Mitgliedstaaten? Und wird sie den hohen Erwartungen gerecht, die im Vorfeld an sie formuliert wurden?

## **DIE AUSGANGSLAGE: DISKRIMINIERUNG UND AUSGRENZUNG DER ROMA IN DER EU**

Mit 10 bis 12 Millionen Menschen sind Roma<sup>1</sup> die größte ethnische Minderheit in der Europäischen Union. Ein großer Anteil von ihnen lebt in Bulgarien, Rumänien, der Slowakei und Ungarn. In diesen Ländern machen Roma zwischen sieben und zehn Prozent der Gesamtbevölkerung aus. In Deutschland leben rund 170.000 Roma, etwa 70.000 von ihnen gehören zu der seit 1997 als nationale Minderheit anerkannten Gruppe der deutschen Sinti und Roma. Unter den 100.000 anderen sind viele Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien, die in den 1990er Jahren nach Deutschland geflohen sind.<sup>2</sup>

Vorurteile gegenüber Roma sind in der europäischen Kultur tief verwurzelt. Das bekannteste von ihnen ist sicher das vom «singenden und geigenden Rom», der dem «Müßiggang nachgeht» und «zur Kriminalität neigt». Obschon über 90 Prozent der Roma sesshaft leben, wird ihnen bis heute eine weitgehend nomadische Lebensweise unterstellt.<sup>3</sup> Vielfach werden die Bedingungen, unter denen Roma leben müssen, als ihnen eigener «Lebensstil» beschönigt. Politische Akteure nutzten die unterstellte Andersartigkeit der Roma als Rechtfertigung, um Roma auszugrenzen und hinsichtlich ihrer sozialen Lage untätig zu bleiben.

Besonders prekär ist die Situation der Roma in den Staaten Mittel- und Osteuropas – hier gehören sie buchstäblich zu den Ärmsten der Armen. Mangelnde Ausbildung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt verwehren ihnen den Zugang zu Beschäftigung, und ihre Einkommenssituation ist weitaus schlechter als die der restlichen Bevölkerung.<sup>4</sup> Der Teufelskreis aus Bildungsdefiziten, Arbeitslosigkeit und Armut beginnt oft schon in der Kindheit: In vielen Mitgliedstaaten der EU gibt es informelle und formelle Segregation im Bildungswesen. Nicht selten werden Roma-Kinder auf Sonderschulen geschickt, in getrennten Klassenräumen unterrichtet – oder sie erhalten eine Ausbildung nach einem gesonderten Lehrplan.

2007 wurde Tschechien vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gerügt, weil die dortige Praxis, Roma-Kinder auf Schulen für Menschen mit geistiger Behinderung zu schicken, gegen das Diskriminierungsverbot der Europäischen Menschenrechtskonvention verstößt. Wie der Europäische Menschenrechtskommissar im März 2011 feststellte, hat sich die Situation in Tschechien dennoch bis heute nicht verbessert.<sup>5</sup> Trotz dieser gerichtlichen Entscheidung bleibt die Segregation auch in vielen anderen Mitgliedstaaten bestehen, so z.B. in Bulgarien, Ungarn, Rumänien und der Slowakei. Sie ist nicht nur institutionell festgeschrieben, sondern wird von der Mehrheitsgesellschaft offensichtlich begrüßt: In Griechenland, Tschechien, Spanien und der Slowakei kam es von Seiten der Eltern und Schulbehörden zu Protesten, als

1 In diesem Beitrag wird der Ausdruck «Roma» für Personen verwendet, die sich selbst als Roma, Sinti, Zigeuner, Fahrende, Manouches, Ashkali und anders bezeichnen. Mit der Verwendung des Ausdrucks «Roma» soll jedoch keinesfalls die große Vielfalt von Identitäten und Gemeinschaften geleugnet werden. 2 Quellen: Europarat und Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. 3 Cahn, Claude/Guild, Elspeth: Recent Migration of Roma in Europe. OSCE High Commissioner on National Minorities, Dezember 2008, S. 8 ff. 4 European Roma Rights Centre: The Glass Box. Exclusion of Roma from Employment, Budapest 2007. 5 Report by Thomas Hammarberg, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe, following his visit to the Czech Republic from 17 to 19 November 2010, März 2011.

die Regierungen versuchten, den Anteil von Roma-Kindern in den Schulen zu erhöhen.<sup>6</sup>

Umfragen in Bulgarien, Tschechien, Griechenland, Ungarn, Polen, Rumänien und der Slowakei zeigen, dass im Schnitt jeder zweite Angehörige der Gruppe der Roma in den vorhergehenden zwölf Monaten Diskriminierung erfahren hat. Besonders häufig wurden Roma bei der Suche nach Arbeit diskriminiert. Noch alarmierender: Etwa ein Drittel der Befragten gab an, in den letzten zwölf Monaten Opfer von Übergriffen geworden zu sein. Drei Viertel der Betroffenen sagen dabei, dass sie kein Vertrauen in die Polizei haben und die Vorfälle deshalb nicht zur Anzeige bringen.<sup>7</sup>

Drohungen und Gewalt gegen Roma gehören in einigen Mitgliedstaaten der EU seit Jahren zum alltäglichen Bild. Aktuell durchzieht eine seit Monaten anhaltende Welle romafeindlicher Demonstrationen die Tschechische Republik, und im September diente der Tod eines jungen Mannes als Anlass für gewalttätige Anti-Roma-Proteste in ganz Bulgarien. Nach Untersuchungen des European Roma Rights Centre bleiben viele Übergriffe auf Roma straffrei.<sup>8</sup>

## DIE ROMAPOLITIK DER EU

Romapolitik ist spätestens seit der Osterweiterung 2004 zu einem wichtigen Wirkungsfeld für die Europäischen Institutionen geworden. Zunächst war es vor allem die Sorge vor einem Anstieg der Migration der Roma, die das Handeln der Akteure motivierte: Mit Blick auf die Freizügigkeit der neuen EU-BürgerInnen erschien es den EU-Mitgliedstaaten opportun, die wirtschaftliche und rechtliche Position der Roma in den Beitrittsländern zu stärken. Heute basiert das Handeln der europäischen Institutionen weitgehend auf der Überzeugung, dass die Lage der Roma in Europa nicht in Einklang mit den Werten der Europäischen Union steht,<sup>9</sup> und dass die EU dazu verpflichtet ist, ihre Rechte als UnionsbürgerInnen gegenüber den Mitgliedsstaaten zu verteidigen.

Eine Vorreiterrolle beim Schutz der Roma spielt das Europäische Parlament: Es hat die Kommission in Entschlüssen vielfach dazu aufgefordert, die soziale Lage der Roma zu verbessern, sie in den EU-Strukturfonds-Programmen mit zu bedenken, Rassismus und Segregation zu bekämpfen und das Bewusstsein für die Geschichte des Holocaust an den Roma zu schärfen.<sup>10</sup> Bekannte Maßnahmen der Kommission sind das Gemeinschaftshilfeprogramm PHARE zur Unterstützung mittel- und osteuropäischer Länder, die EU-Beitrittskandidaten sind, sowie Projekte im Rahmen der so genannten Roma-Dekade. Hierzu gehören der Roma Education Fund zur Integration der Roma in die nationalen Bildungssysteme sowie zahlreiche Kampagnen gegen die Diskriminierung der Roma.

Dennoch bleibt die strukturelle Ausgrenzung der Roma in den Mitgliedstaaten weiter bestehen. Weder der Rahmenbeschluss zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (2008/913/JI) aus dem Jahr 2008 noch die europäische Antidiskriminierungsrichtlinie (2000/43/EC) konnten sie bisher wirksam bekämpfen. Dem Rahmenbeschluss zufolge müssen die Mitgliedstaaten rassistische und fremdenfeindliche Handlungen durch ausreichend abschreckende Strafen ahnden. Die Antidiskriminierungsrichtlinie, die seit dem Juli 2003 von den Mitgliedstaaten umgesetzt werden muss, soll Schutz gegen Ungleichbehandlung bieten. Sie gilt sowohl für den Arbeitsmarkt als auch für das Bildungswesen und den

Zugang zu sozialen Dienstleistungen. Doch solange keine «positiven Maßnahmen» zum Ausgleich der Diskriminierung ergriffen werden, hält die Ungleichbehandlung an.<sup>11</sup>

Zudem fehlt es den Förderprojekten der EU vielfach an Kohärenz und Nachhaltigkeit: Viele Maßnahmen widmen sich nur einem Aspekt, wie zum Beispiel der Verbesserung der Wohnsituation, sie sind nur von kurzer Dauer oder gehen ohne die Beteiligung der Roma an deren tatsächlichen Bedürfnissen vorbei. 2008 forderte das Europäische Parlament die Kommission deshalb auf, einen verpflichtenden europäischen Rahmen für nationale Romapolitiken vorzulegen. Es hob dabei hervor, dass die EU zwar eine bedeutende Rolle bei der Bekämpfung von Diskriminierung spielt, die Verpflichtung zum Schutz und zur Förderung der Roma jedoch bei den Mitgliedstaaten liegt.<sup>12</sup>

## DIE EUROPÄISCHE ROMA-RAHMENSTRATEGIE

Die lange erwartete Rahmenstrategie heißt offiziell EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020.<sup>13</sup> Sie wurde deshalb notwendig, weil die EU-Institutionen bei Maßnahmen zur Förderung der Roma keine Gesetzgebungskompetenz haben. Mit dem «weichen Instrument» einer Rahmenstrategie kann die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten immerhin zum Handeln auffordern. In der Rahmenstrategie stellt die Europäische Kommission fest, dass die herkömmlichen Anstrengungen zur sozialen Integration die spezifischen Bedürfnisse der Roma bisher nur unzureichend beachten. Es brauche deshalb einen zielgerichteten Ansatz: Die Mitgliedstaaten werden dazu angehalten, eigene nationale Roma-Strategien zu verabschieden. Alternativ sollen sie sicherstellen, dass ihre allgemeinen Integrationsstrategien der Lage der Roma gezielt Rechnung tragen und konkrete Maßnahmen gegen deren Benachteiligung vorsehen. Welchen Weg die Mitgliedstaaten auch wählen, in jedem Fall sollen die bestehenden oder neuen Roma-Strategien auf die EU-Ziele zur Integration der Roma abgestimmt werden. Mit Verweis auf die Ziele der Strategie Europa 2020 hat die Europäische Kommission vier Kernbereiche ausgewählt, in denen Fortschritte erzielt werden sollen: In den drei Bereichen Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge sowie Zugang zu Wohnraum und öffentlichen Versorgungsnetzen soll die Situation der Roma an die der restlichen Bevölkerung angeglichen werden. Im vierten Bereich Bildung hingegen ruft die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten nur dazu

<sup>6</sup> European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia: Roma and Travellers in Public Education. An overview of the situation in the EU Member States, Mai 2006. <sup>7</sup> European Agency for Fundamental Rights: Data in Focus. The Roma, Brüssel 2009. <sup>8</sup> European Roma Rights Centre: Factsheet Roma Rights Record, 25. Oktober 2011. <sup>9</sup> Siehe Artikel 2 EU-Vertrag. Dort heißt es: «Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.» <sup>10</sup> September 2010: Entschließung zur Lage der Roma und zur Freizügigkeit in der Europäischen Union; März 2010: Entschließung zum zweiten europäischen Gipfeltreffen zur Lage der Roma; März 2009: Entschließung zur sozialen Lage der Roma und die Verbesserung ihres Zugangs zum EU-Arbeitsmarkt; Januar 2008: Entschließung zu einer europäischen Strategie für die Roma; November 2007: Entschließung zu der Anwendung der Freizügigkeitsrichtlinie; Juni 2006: Entschließung zu der Situation der Roma-Frauen in der Europäischen Union; Januar 2005: Entschließung zum Gedenken an den Holocaust sowie zu Antisemitismus und Rassismus; April 2005: Entschließung zu der Lage der Roma in der Europäischen Union. <sup>11</sup> Olivier de Schutter: The Role of the Union in Integrating the Roma: Present and Possible Future, in: European Diversity and Autonomy Papers, EDAP, 2/2005. <sup>12</sup> Entschließung des Europäischen Parlaments vom 31. Januar 2008 zu einer europäischen Strategie für die Roma (2009/C 68 E/06). <sup>13</sup> Europäische Kommission: EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 (KOM [2011] 173).

auf sicherzustellen, dass alle Roma-Kinder wenigstens die Grundschule abschließen – bisher besuchen nach Erhebungen aus sechs EU-Mitgliedstaaten gerade einmal 42 Prozent der Kinder die Grundschule.<sup>14</sup>

Vieles in der Rahmenstrategie zeugt von der Zielsetzung, die Mitgliedstaaten in die Pflicht zu nehmen, ihnen aber gleichzeitig eigene Wege zur Erreichung der EU-Ziele zu gewähren. So heißt es gleich eingangs, dass die Rahmenstrategie die Mitgliedstaaten «nicht von ihrer Hauptverantwortung» für die Lage der Roma enthebt. Die Regierungen der Mitgliedstaaten sollen nationale Ziele zur Integration der Roma erarbeiten und ihre Umsetzung mit soliden Monitoring-Methoden überwachen. Für die Maßnahmen sollen ausreichende staatliche Finanzmittel bereitstehen. Dies ist ein besonders wichtiger Hinweis, denn in einigen Staaten werden bisher selbst EU-Mittel zugunsten der Roma nicht vollständig abgerufen oder sogar zweckentfremdet: In Ungarn stellte eine Untersuchung des staatlichen Rechnungshofs fest, dass nur ein Zehntel der vorgesehenen Mittel tatsächlich für Projekte zugunsten der Roma verwendet wurde.<sup>15</sup>

### «IM PRINZIP JA, ABER ...» – REAKTIONEN AUF DIE NEUE STRATEGIE

Verschiedenste politische und zivilgesellschaftliche Akteure wie das NGO-Bündnis European Roma Policy Coalition (ERPC) haben seit 2008 Lobby-Arbeit für eine Roma-Rahmenstrategie betrieben. Die Verabschiedung der Strategie wurde von ihnen sehr begrüßt, denn sie stellt den ersten Versuch der EU dar, eine kohärente europäische und mitgliedstaatliche Romapolitik zu schaffen. Gleichzeitig setzt sie den Schlussstrich unter die jahrelange Debatte, ob die Lage der Roma eher durch ihre Berücksichtigung in übergreifenden Politiken (Mainstreaming) oder durch eine eigene Politik (Targeted Approach) verbessert werden kann. Mit der Verabschiedung der Rahmenstrategie teilt die EU nun erstmals die Haltung von VertreterInnen der Roma, dass die komplexe Problematik beides erfordert: ein stetes Mainstreaming und speziell auf Roma zugeschnittene Maßnahmen, die aber keinesfalls segregierend wirken dürfen.

Trotz ihres prinzipiell positiven Echos werfen die NGOs die Frage auf, inwieweit die Rahmenstrategie tatsächlich dem entspricht, was Europaparlament und Zivilgesellschaft zuvor von der Europäischen Kommission gefordert hatten. Die Kritik macht sich an drei Kernfragen fest:

1. *Romafeindlichkeit und Diskriminierung*: Maßnahmen gegen Romafeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung sucht man in der Rahmenstrategie vergebens. Dabei ist Diskriminierung eines der Haupthindernisse für den Zugang der Roma zu Arbeit, Bildung und öffentlichen Dienstleistungen. Hetzreden und Übergriffe gegen Roma sind in vielen Mitgliedstaaten an der Tagesordnung, und selbst europäische Regierungschefs nehmen Roma gezielt ins Visier.<sup>16</sup> Vor diesem Hintergrund will die Europäische Kommission offensichtlich den Konflikt mit den Mitgliedstaaten vermeiden. Mit dieser Auslassung geht die EU-Romapolitik jedoch am Kernproblem vorbei. Zudem wird – so der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma – mit der Reduzierung auf Armut und fehlende Bildung der falsche Eindruck erweckt, dass statt der Mehrheitsgesellschaft die Roma selbst für ihre Benachteiligung verantwortlich seien.<sup>17</sup>

2. *Durchsetzbarkeit*: Viele europäische Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Roma scheitern bisher an der

Umsetzung durch nationale oder lokale Behörden. Teils fehlt der EU die nötige Kompetenz (z.B. in der Sozialpolitik), teils müssen die Belange der Roma hinter anderen Interessen der EU gegenüber den Mitgliedstaaten zurückstehen. Dieses Schicksal droht auch der neuen Rahmenstrategie: Sie hat ohnehin schon geringe Bindewirkung, und viele Vorgaben sind so offen und wenig ambitioniert formuliert, dass sich die Staaten leicht herauswinden können. So bleibt es den Regierungen selbst überlassen zu definieren, welche Ziele ihnen erreichbar erscheinen und welche Finanzmittel sie dafür aufwenden wollen. Es fehlt an konkreten Schritten und Indikatoren für die Erreichung der vier EU-Ziele; und es gibt keinen Durchsetzungsmechanismus. Statt die Staaten auf ein zentrales Monitoring-Verfahren zu verpflichten, sieht die Kommission vor, dass diese ihre Fortschritte selbst überwachen. Viele Staaten sind jedoch nicht einmal dazu bereit, Daten zur derzeitigen Wohnsituation oder zum Gesundheitsstand der Roma zu erheben. Es ist daher zu befürchten, dass viele Regierungen untätig bleiben und die Verantwortung für ihre BürgerInnen weiterhin an die EU abschieben.

3. *Beteiligung der Roma*: Mehrere Organisationen, die sich für die Verabschiedung der Roma-Rahmenstrategie eingesetzt haben, kritisieren die mangelnde Konsultation der Roma-Verbände. Dies gilt sowohl für den Prozess im Vorfeld der Rahmenstrategie als auch für die Verabschiedung nationaler Strategien. So wird befürchtet, dass die vagen Empfehlungen aus der Rahmenstrategie nicht garantieren, dass VertreterInnen der Roma in die nationalen Konsultationsprozesse eingebunden werden. Darüber hinaus gibt die Rahmenstrategie nur schwache Empfehlungen, wie Roma in die Planung und Implementierung regionaler und lokaler Förder-Projekte eingebunden werden sollen. Die European Roma Policy Coalition (ERPC) und viele kleinere Roma-Organisationen sehen deshalb die Gefahr, dass auch zukünftig Projekte am tatsächlichen Bedarf vorbeigehen und wenig nachhaltig sind. Sie fordern deshalb von der EU eine gezielte Unterstützung von Roma-Selbstorganisationen. Zudem soll die EU sicherstellen, dass Roma in allen Phasen eines Projekts konsultiert werden.<sup>18</sup>

### KEINE ROMA-STRATEGIE IN DEUTSCHLAND

Hinweise auf die Notwendigkeit einer nationalen Roma-Strategie in Deutschland gibt eine aktuelle Studie zur Bildungssituation deutscher Roma. Ihre Ergebnisse bieten auch vielfache Hinweise auf die allgemeine Lebenssituation der Roma in Deutschland. Der Studie nach erfahren Roma-Kinder offene und versteckte Diskriminierungen in der Schule; sie müssen

<sup>14</sup> Quelle: Open Society Institute. <sup>15</sup> EurActiv: Neue Romastrategie oder alte Alibipolitik, 11. April 2011. <sup>16</sup> Im Februar 2010 äußerte sich der rumänische Außenminister dahingehend, dass Roma von der genetischen Disposition her zu Kriminalität neigten, die Medien berichteten im Anschluss, der Präsident habe seinen Außenminister verteidigt. In der Slowakei wettet die rechte Partei Ludova Strana Nase Slovensko immer wieder gegen «Zigeunerkriminalität». In Tschechien machte die National Party bei den Europawahlen 2009 Werbung mit Slogans wie «eine endgültige Lösung für das Zigeunerproblem finden». European Roma Rights Centre: Factsheet Roma Rights Record, 25. Oktober 2011. Niemand geringeres als der Präfekt von Rom, Achille Serra, äußerte nach einem Besuch von mehreren Roma-Lagern: «Um zehn Uhr morgens sah ich dreckige Kinder, die Ball spielten. Die Frauen waren nicht in der Nähe, denn sie waren in der U-Bahn, Geldbörsen stehlen. Und ihre Männer schliefen noch, vielleicht, weil sie die ganze Nacht Apartments ausgeraubt hatten.» Henry Scicluna: Anti-Romani Speech in Europe's Public Space – The Mechanism of Hate Speech, 21. November 2007 (Übersetzung: Manuela Kropp). <sup>17</sup> Zentralrat Deutscher Sinti und Roma: Arbeitspapier zur EU-Strategie zur Verbesserung der Lage von Sinti und Roma in Europa, 3. Februar 2011; Rose, Romani: Neue EU-Strategie zur Verbesserung der Lage von Roma und Sinti in Europa muss Aufbau nachhaltiger Strukturen verfolgen, Forum Migration Juni 2011 <sup>18</sup> ERPC: EU Roma Framework Weak on Discrimination Against Roma, 5. April 2011.

alltägliche romafeindliche Beschimpfungen ertragen. In vielen Fällen schreiten auch die Lehrkräfte nicht ein, oder äußern sich selbst romafeindlich. Die Ergebnisse der Studie zeigen zudem, dass die traumatischen Erfahrungen des Holocaust Einfluss auf die Bildungssituation aller Generationen haben, denn die Traumatisierungen werden weitergegeben und sind selbst noch in der Gruppe der 14- bis 25-Jährigen erkennbar.<sup>19</sup> Es gibt einen evidenten Zusammenhang zwischen dem Schulbesuch der Eltern bzw. der Großeltern und dem schulischen Erfolg der Kinder. Im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung besuchen Roma viel seltener die Realschule oder das Gymnasium und erreichen so nur geringere Bildungsabschlüsse. Sehr aufschlussreich sind die Gründe, die dafür genannt werden, wenn keine Hilfe von Seiten der Eltern bei den Hausaufgaben erfolgt: «keine eigene Schulbildung der Eltern», «selbst nur begrenzte schulische Ausbildung», «kann weder lesen noch schreiben».<sup>20</sup> So lautet die Empfehlung der Studie, einen nationalen Aktionsplan für eine generationenübergreifende Bildungsförderung zu verabschieden, um nachhaltige Anerkennungs- und Teilhabestrukturen in der Bildung für Roma zu schaffen.

Die Bundesregierung plant jedoch keine eigene Roma-Strategie. Sie lehnt allgemein das Ansinnen der EU ab, alle Mitgliedstaaten zur Vorlage nationaler Aktionspläne zu verpflichten und betont, dass Zuständigkeit und Flexibilität der Mitgliedstaaten gewahrt bleiben müssen.<sup>21</sup> In ihrer Antwort auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag erklärte sie lapidar, dass keine generelle Verpflichtung für die Mitgliedstaaten bestehe, eine nationale Roma-Strategie aufzulegen. Dies sei auch für Deutschland nicht erforderlich. Die Bundesregierung sieht in Bezug auf die deutschen Roma keine offensichtliche Benachteiligung oder Ausgrenzung. Und den eingewanderten Roma stünden dieselben «Integrationsprogramme offen wie anderen Ausländern». Gleichzeitig gibt sie aber zu, dass sie gar keine präzisen Aussagen etwa zu Bildungsstand oder Erwerbstätigkeit der Roma machen kann, da in den Statistiken das Kriterium «Sinti/Roma» nicht erfasst werde.<sup>22</sup>

## FAZIT

Mit der Rahmenstrategie hat die Europäische Kommission erneut bewiesen, dass sie grundsätzlich bereit ist, sich der Thematik der Roma anzunehmen und ihre Lebensbedingungen in der EU zu verbessern. Bei der Erarbeitung der Strategie suchte die Kommission im Rahmen der Europäischen Roma-Plattform auch den Dialog mit ausgewählten Menschenrechtsorganisationen und VertreterInnen der Roma. Es wird zwar kritisiert, dass die EU-Institutionen die Richtung der Diskussion vorgeben und viele relevante zivilgesellschaftliche Gruppen außen vor bleiben. Die Konsultationen zeigen dennoch, dass die Kommission bemüht ist, ihre Roma-Politik auf eine breite zivilgesellschaftliche Grundlage zu stellen.

Aber: Ist die neue Rahmenstrategie nun ein «mutiges, kühnes, fast schon provokatives Dokument»<sup>23</sup>, wie es Zoltán Balog, ungarischer Staatsminister für soziale Integration, nennt? Dies muss eher verneint werden. Die Vorgaben sind vage und wenig ambitioniert; sie fassen hauptsächlich das zusammen, was die EU schon seit Jahren von den Mitgliedstaaten fordert. Da es keine harten Monitoring- und Durchsetzungsmechanismen gibt, steht und fällt die Rahmenstrategie letztlich mit ihrer Umsetzung in den Mitgliedstaaten. Und letztere werden ganz genau auf die Reaktion der Kommission achten: Zum einen, wenn am 10. Dezember die nationalen Strategien vorgelegt werden

müssen, und zum anderen, wenn es in den nächsten Jahren weiterhin keine Fortschritte geben sollte. Dabei können die EU-Regierungen auf vergangene Erfahrungen zurückblicken, die wenig Positives für die Zukunft vermuten lassen. Die Kommission blieb untätig, als die italienische Regierung 2008 eine Datenbank mit den Fingerabdrücken aller in Italien lebenden Roma anlegte. 2010 leitete Justizkommissarin Viviane Reding – entgegen ihrer Ankündigungen – kein Vertragsverletzungsverfahren gegen Frankreich ein, obschon die kollektive Ausweisung Tausender rumänischer Roma klar gegen EU-Recht verstieß. Es bleibt also abzuwarten, wie die Kommission diesmal reagiert, wenn sich große Mitgliedstaaten wie Deutschland ganz nonchalant über ihre Vorgaben hinweg setzen.

Manuela Kropp ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Europa-abgeordneten Dr. Cornelia Ernst. Anna Striethorst ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Brüsseler Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

<sup>19</sup> Daniel Strauß (Hg.): Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma, Dokumentation und Forschungsbericht, Marburg 2011. <sup>20</sup> Ebenda. <sup>21</sup> Bundesministerium des Inneren: Berichtsbogen zum EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020, 20. April 2011. <sup>22</sup> Antwort der Bundesregierung vom 14. Juni 2011 auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke u.a. und der Fraktion DIE LINKE. Nationale Strategie zur Integration der Roma und Sinti in Deutschland, BT-Drucksache 17/6012. <sup>23</sup> Ungarischer Vorsitz des Rates der Europäischen Union: Roma Strategie: Es geht um die Qualität, 8. April 2011.

## WEITERE BEITRÄGE DER AUTORINNEN ZUM THEMA:

Die Migration der Roma in Europa – Eine ethnische Minderheit als Spielball europäischer Politik, Transform! Europäische Zeitschrift für alternatives Denken und kritischen Dialog, 10/2012.

Ein kalter Empfang – 10.000 in Deutschland lebende Roma werden in das Kosovo abgeschoben, März 2010, [http://www.romacenter.de/archiv/2009/Bericht\\_Rechercheise\\_Kosovo.pdf](http://www.romacenter.de/archiv/2009/Bericht_Rechercheise_Kosovo.pdf)

## LITERATUR:

Aradau, Claudia u.a.: Paradoxes of Citizenship.

The Roma, Mobility and Europe, Research Project ENACT Enacting European Citizenship, Juni 2010.

Carrera, Sergio/Faure Atger, Anaïs: L'affaire des Roms. A Challenge to the EU's Area of Freedom, Security and Justice, CEPS September 2010.

Sigona, Nando/Trehan, Nidhi (Hg.): Romani Politics in Contemporary Europe. Poverty, Ethnic Mobilization, and the Neoliberal Order, Palgrave Macmillan 2009.

Daniel Strauß (Hg.): Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma, Dokumentation und Forschungsbericht, Marburg 2011.

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
Redaktion: Marion Schütrumpf-Kunze  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel. 030 44310-127  
Fax -122 · [m.schuetrumpf@rosalux.de](mailto:m.schuetrumpf@rosalux.de) · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)  
Erscheinungsdatum STANDPUNKTE international 15/2011:  
Dezember 2011